

Deutschland ist im Wandel und es gibt großen Bedarf an einer gerechten Modernisierung des Landes. Das ist eine Chance für die Sozialdemokratie. Wenn dieses Projekt misslingt, steht es weiterhin nicht gut um die SPD. Aber auch die deutsche Gesellschaft an sich wird dann immer polarisierter werden, mit allen negativen Folgen, die das mit sich bringt.



Henning Meyer

ist Research Associate an der London School of Economics und Herausgeber von Social Europe (www.socialeurope.eu). Er ist auch Mitglied der SPD Grundwertekommission.

h.meyer@lse.ac.uk

Joachim Poß

Viele Antworten stehen noch aus

Gerechtigkeit und Wachstum durch eine krisenfeste Eurozone

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Europa in keinem guten Zustand ist. Unter der Oberfläche makroökonomischer Kennzahlen, die Wachstum anzeigen, brodeln in vielen Mitgliedstaaten weiterhin die sozialen und politischen Krisen, die mit der Eurokrise Einzug gehalten haben. In vielen Ländern haben populistische Kräfte Auftrieb. In Frankreich müssen wir sogar befürchten, dass das nächste Staatsoberhaupt Marine Le Pen heißen könnte. Doch auch die griechische Partei Syriza hat in der ersten Jahreshälfte 2015 viel Schaden angerichtet. Obwohl wir die Eurokrise kaum verdaut haben, stehen wir jetzt vor der nächsten – vielleicht noch viel größeren – Bewährungsprobe: Wie sollen wir mit den vielen Flüchtlingen umgehen, die nach Europa gekommen sind und weiter kommen?

Aufs Neue zeigt sich, dass sich die Regierungen Europas schwertun, mit einer Stimme zu sprechen. Doch auch wenn die Flüchtlingskrise gerade alles andere in den Schatten stellt, bleiben die wirtschaftlichen Fragen von zentraler Bedeutung. Wir müssen auch jetzt an der Zukunft Europas weiterarbeiten und diskutieren, welche Lehren wir aus der Eurokrise und der neuerlichen Griechenlandkrise ziehen. Zudem mehrten sich die weltwirtschaftlichen Risiken, wie uns der Internationale Währungsfonds aktuell nachdrücklich ins Stammbuch geschrieben hat. Nicht nur deshalb müssen wir alles dafür tun, um unsere Wirtschafts- und Währungsunion krisenfester zu machen. Auch mit Blick auf den wachsenden Populismus wäre es leichtfertig, notwendige Reformen zu verschlafen. Der Fünf-Präsidenten-Bericht der EU sollte dabei unser Fahrplan sein.

Das Papier zeigt ein strategisches Vorgehen in zwei Schritten auf: Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen, müssen wir meines Erachtens zunächst einige konkrete Maßnahmen realisieren. Dies ist auch innerhalb der bestehenden Verträge möglich. Wenn die Bürger/innen sehen, dass sich die wirtschaftlichen Bedingungen verbessern und Europa zeigt, dass es für Fairness sorgt, wird auch das Vertrauen der Bevölkerung wieder wachsen.

Zu den zentralen steuerpolitischen Maßnahmen, die in Angriff genommen werden sollten, zählt die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Zudem unterstütze ich das Vorhaben der Kommission, die Gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer wieder voranzutreiben. Konkret müssen wir zunächst das Steuerdumping in Europa bekämpfen. Deswegen sollten wir grundsätzlich die richtigen Lehren aus der Luxleaks-Affäre ziehen. Es kann in Europa keinen schädlichen Wettbewerb um die niedrigste Besteuerung von Großkonzernen geben. Damit schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Eine Verquickung von Politik, Verwaltung und Finanzindustrie wie durch die Luxleaks-Enthüllungen ans Licht gekommen, ist inakzeptabel.

Zunächst muss das Steuerdumping in Europa bekämpft werden

Deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass die Europäische Kommission die Steuerpraktiken Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande als illegale Beihilfe eingestuft hat. Multinationale Konzerne, wie Fiat und Starbucks, wird man in Zukunft nicht mehr mit vergünstigten Steuervorbescheiden anlocken dürfen. Damit das sichergestellt werden kann, wurde der automatische Informationsaustausch zu Steuervorbescheiden beschlossen. Wenngleich der Rat den Vorschlag der Kommission unnötig verwässert hat.

Nun gilt es aber auch, das BEPS (*Base Erosion Profit Shifting*)-Projekt der OECD so umzusetzen, dass es nicht etwa Gebilde wie die sogenannten Patent-Boxen (also die Möglichkeit für Unternehmen, Einnahmen aus der Vergabe von Lizenzen oder Nutzung von Patenten zu einem deutlich geringeren als dem regulären Satz zu versteuern) salonfähig macht, die dazu dienen, Besteuerung zu umgehen, sondern sie gerade eindämmt. Unternehmen und Bürger/innen müssen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Ein offenes Europa für Kapital und Bevölkerung heißt auch, dieses Prinzip durchzusetzen.

Eng verbunden mit der Steuer-Thematik ist die Forderung nach einem sozialen Europa. Doch was heißt das? Aus meiner Sicht müssen wir vor allem die wachsende Ungleichheit angehen. Sie führt nicht nur zu sozialen Verwerfungen, sondern zerstört auch Wachstumsperspektiven. Sie ist ökonomisch und sozial schädlich, ja gefährlich. Dazu müssen an erster Stelle die Sozialsysteme auf nationaler Ebene gestärkt werden. Und wir müssen sicherstellen, dass starke Schultern mehr tragen als schwächere, auch durch Maßnahmen auf europäischer Ebene. Indem wir die Eurozone stärken und Krisen verhindern, bekämpfen wir auch Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverluste, die mit den Krisen verbunden sind.

*Ungleichheit angehen,
Investitionen stärken,
Europäisches Semester verbessern*

Problematisch ist zudem die Investitionslücke in Europa. Es mangelt auf dem gesamten Kontinent an Nachfrage und an öffentlichen wie privaten Investitionen. Doch besonders stark ist der Nachholbedarf in den Krisenländern. Ich setze darauf, dass der Juncker-Plan sowie die notwendige flexible Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für einen spürbaren Investitionsschub sorgen.

Und schließlich gibt es einen breiten Konsens, dass das Europäische Semester, also der Zyklus, in dem die Fiskal- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten koordiniert werden, weiter verbessert werden muss. Dazu gibt es etwa einen gemeinsamen Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel und des Finanzministers Wolfgang Schäuble. Ein Ziel muss sein, die länderspezifischen Empfehlungen noch zu straffen und stärker in den Mitgliedstaaten zu verankern. Von zentraler Bedeutung ist dabei die

Mitwirkung der Sozialpartner, um keine Kopfgeburten für die Schubladen in Ministerien und Parlamenten zu erzeugen, sondern echten Fortschritt durch Reformen zu erzielen.

Auf dem Fundament zurückgewonnenen Vertrauens gilt es dann, Europa weiterzuentwickeln. Wenn die Bürgerinnen und Bürger spüren, dass Europa handlungsfähig ist, Probleme löst und noch dazu für Gerechtigkeit sorgt, können wir uns der Weiterentwicklung der institutionellen Struktur widmen. Die notwendigen Reformen gilt es jetzt in der politischen Debatte vorzubereiten. Schließlich stehen wir vor der Frage, welche Lehren wir aus der Eurokrise ziehen, die auch eklatante Konstruktionsfehler der Währungsunion offengelegt hat.

Diejenigen, die ausschließlich auf Regeln, Sanktionen und den Markt setzen, sehen überall nur Trittbrettfahrer und *Moral Hazard*. Fiskalunion bedeutet für die Konservativen: Abgabe der Haushaltskontrolle und Schuldenverbot, selbst in Krisenzeiten. Hat uns aber nicht gerade die Eurokrise in Folge der globalen Finanzkrise, bei aller Reformnotwendigkeit in einigen Mitgliedstaaten, gezeigt, dass der Versuch, eine Währungsunion allein durch Regelwerke zu steuern und auch nur auf den Markt zu setzen, naiv ist? Die Mischung aus Deflation, niedrigem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit, wie wir sie seit Jahren erleben, spricht Bände. Wenn also Regeln allein nicht ausreichen, dann benötigen wir auch gemeinsame Institutionen.

Durch die Schaffung der Eurozone haben wir den Mitgliedstaaten die Möglichkeit genommen, durch Anpassung der Zinssätze und Wechselkurse auf wirtschaftliche Krisen zu reagieren. Durch Stabilitätspakt, Euro-Plus-Pakt und Fiskalvertrag haben wir noch dazu bewusst den fiskalischen Spielraum enorm eingeschränkt. Länder sollten nicht länger auf Kosten anderer eine allzu lasche Haushaltspolitik betreiben und somit die Risiken für die Eurozone vergrößern können. Doch wie sollen die Mitgliedstaaten ohne Werkzeuge dann aus Rezessionen herauskommen? Genau deshalb brauchen wir aus sozialdemokratischer Perspektive mittel- und längerfristig auch ein Mehr an Vergemeinschaftung. In den nächsten Monaten sollten wir darüber diskutieren, welche Instrumente wir hierfür ins Auge fassen wollen.

Der Fünf-Präsidenten-Bericht, das Gabriel-Macron-Papier, das Merkel-Hollande-Papier und andere Beiträge diskutieren über ein Eurozonenbudget, einen Euro-Kommissar, eine europäische Arbeitslosenversicherung, die europäische Einlagensicherung und eine Eurokammer im Europäischen Parlament. Alle Vorschläge haben eine enorme Brisanz und bringen oftmals einen Kompetenztransfer von der nationalen auf die europäische Ebene mit sich. Gleichwohl wird die Eurozone nur eine Zukunft haben, wenn wir sie so ausgestalten, dass sie krisenfest ist.

Vor dem Hintergrund, dass die Geldpolitik zwar für die gesamte Eurozone gemacht wird, die wirtschaftliche Situation in den Mitgliedstaaten aber sehr verschieden ist,

Ist die Geldpolitik mit der Aufgabe, für neues Wachstum zu sorgen, überfordert?

möchte ich auf eine Debatte verweisen, die uns seit einigen Jahren begleitet, jüngst aber von dem US-Ökonomen und Regierungsberater Lawrence Summers wieder angestoßen wurde. Es geht um die Frage, ob die Geldpolitik angesichts der wirtschaftlichen Bedingungen mit der Aufgabe, für neues Wachstum zu sorgen, nicht überfordert ist. Während die Geldpolitik in Europa die Hauptbürde trägt, die Wirtschaft in Schwung zu bringen, ist die Fiskalpolitik auf Konsolidierung eingestellt. Und auch wenn die Wachstumsaussichten Europas dabei vergleichsweise gut sind, kann von »guten« wirtschaftlichen Bedingungen keine Rede sein.

Der Internationale Währungsfonds warnt uns nun im jüngsten *World Economic Outlook* vor wachsenden Risiken für die Weltwirtschaft. Im Niedrigzinsumfeld wächst die Risikoneigung an den Finanzmärkten. Deutschland, die »Wachstumslokomotive« Europas, hatte zum Beispiel im September 2015 eine Inflationsrate von 0 %. Die Deflationsspirale erschwert die Anpassung in den früheren Krisenländern. Doch wenn die Politik des billigen Geldes die Finanzstabilität auf Dauer gefährdet und nicht für ausreichend Wachstum sorgen kann, benötigen wir eine Flankierung durch expansivere Fiskalpolitik.

Dafür gibt es in unserer Währungsunion die Möglichkeit einer stärkeren dezentralen Koordinierung der Fiskalpolitiken. Deutschland würde gedrängt, mehr zu investieren, während Frankreich wie gehabt stärker konsolidieren müsste. Ein Fiskalrat, wie im Fünf-Präsidenten-Bericht angedacht, könnte diese Koordinierungsfunktion erfüllen. Oder die Funktion einer europäischen Fiskalpolitik könnte durch ein Euro-Schatzamt erfüllt werden, das Konjunkturzyklen eurozonenweit ausgleichen würde. Hierfür würde es eines Euro-Kommissars bedürfen, der über ein Euro-Budget mit Anleiherecht verfügt. Ein Euro-Schatzamt hätte eine weitere Vergemeinschaftung zur Folge. In Deutschland ist man da immer skeptisch. Eine dezentrale Koordinierung kommt dagegen möglicherweise schnell an die Grenzen der Wirksamkeit.

Stärkere Koordinierung der Fiskalpolitiken

Fest steht nur, dass wir uns entscheiden müssen: Wollen wir »risikolos stagnieren« oder wollen wir die Eurozone krisenfest machen? Durch mehr Gerechtigkeit und wirtschaftliche Erholung in Europa können wir das Vertrauen der Bevölkerung in das europäische Projekt zurückgewinnen. Dies ist nötig, um in einem zweiten Schritt die Eurozone fortzuentwickeln und so auszugestalten, dass sie in Zukunft krisenfester wird. Es darf uns dabei nicht nur darum gehen, die Risiken potenzieller unverantwortlicher nationaler Haushaltspolitiken zu minimieren. Wir müssen auch den durch den Mangel einer vergemeinschafteten europäischen Fiskalpolitik schon entstandenen Schaden sehen.

Gleichwohl lehne ich die Behauptung ab, die Einführung des Euro sei ein Fehler gewesen. Es war immer klar, dass die Europäische Einigung ein Projekt ist, bei dem es nicht immer problemlos nach vorne geht. Dennoch stimmt es auch, dass es der zentrale Fehler der Nullerjahre war, das für eine Währungsunion notwendige politische Korsett nicht geschaffen zu haben. Auf den Binnenmarkt und das Europäische Währungssystem folgte logischerweise der Euro. Dieser wiederum erfordert neue Antworten. Einige wie die Bankenunion haben wir bereits gefunden. Der Fünf-Präsidenten-Bericht ist nicht die Lösung, sondern eher der Startschuss für die jetzt notwendige Debatte.



Joachim Poß

MdB, ist Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und Berichterstatter für die Wirtschafts- und Währungsunion.

joachim.poss@bundestag.de